

**Presseinformation zu TOP 45: Entwicklung der  
Stromnetze in Schleswig-Holstein**

84/2011

Kiel, 25. Februar 2011

Jannine Menger-Hamilton

Pressesprecherin

**DIE LINKE** Fraktion im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 9 88 16 02

Telefax: 0431 / 9 88 16 18

Mobil: 0160 / 90 55 65 09

presse@linke.ltsh.de

www.linksfraktion-sh.de

**Björn Thoroë zur Entwicklung der Stromnetze in Schleswig-Holstein**

**Kiel.** DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag fordert eine demokratische, dezentrale und ökologische Energieversorgung für Schleswig-Holstein. Hintergrund ist die Debatte um die Entwicklung der Stromnetze in Schleswig-Holstein im Rahmen der heutigen Landtagsitzung.

„Der Netzausbau in Schleswig-Holstein hält mit der Ausbaugeschwindigkeit der erneuerbaren Energien nicht Schritt. Windkraftanlagen müssen abgeschaltet werden, weil der Strom nicht ins Netz eingespeist werden kann. Große Energiekonzerne haben kein Interesse daran, Stromnetze auf erneuerbare Energien auszurichten. Die großen Energiekonzerne wollen noch möglichst lange ihre hochprofitablen Atom- und Kohlekraftwerke am Netz behalten. Und sie werden von der Landesregierung zu Lasten der Bevölkerung Schleswig-Holsteins bei diesem Vorgehen unterstützt“, sagt Björn Thoroë, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion.

„Wie fordern den Übergang der Stromnetze in die öffentliche Hand. Denn nur so können die Stromnetze schnell ausgebaut werden und zügig den Bedürfnissen der erneuerbaren Energien und damit auch den Bedürfnissen der Menschen in Schleswig-Holstein angepasst werden.“

Ziel sei es, sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energie zu produzieren. Dies könne in einem modernen, zukunftsgewandten Stromnetz durch verbesserte Stromspeicherung und den Einsatz von Erdkabeln erreicht werden. „Erdkabel sind objektiv die richtige Wahl. Die höheren Kosten von Freileitungen während des Betriebes werden von CDU und FDP aber in Kauf genommen, weil sie damit ihre Lobby zufrieden stellen. Die Kosten tragen bekanntlich die Verbraucherinnen und Verbraucher – und die stehen bei der Landesregierung bekanntlich nicht an erster Stelle.“